

No. 39422

**Austria
and
Germany**

Treaty between the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany concerning the transit of law enforcement officers and the conveyance in transit of prisoners. Vienna, 21 December 1993

Entry into force: *1 May 1998 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 23*

Authentic text: *German*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 27 June 2003*

**Autriche
et
Allemagne**

Traité entre la République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne relatif au transit des agents de la force publique et au transport en transit de prisonniers. Vienne, 21 décembre 1993

Entrée en vigueur : *1er mai 1998 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 23*

Texte authentique : *allemand*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Autriche, 27 juin 2003*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über den Durchgangsverkehr von Exekutivorganen und die Durchbeförderung von Häftlingen

Die Republik Österreich und die Bundesrepublik Deutschland haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Exekutivorgane der Vertragsstaaten (auf österreichischer Seite Organe der Bundesgendarmerie, Bundespolizei, Justizwache, Zollwache und der Gemeindefürsorgeeinrichtungen, auf deutscher Seite Polizeibeamte und Zollbeamte) dürfen die gemäß Artikel 3 festgelegten Durchgangsstrecken, die über das Hoheitsgebiet des jeweils anderen Vertragsstaats führen, benutzen, um zum Zweck der Dienstverrichtung das eigene Hoheitsgebiet zu erreichen.

(2) Exekutivorgane der Grenzaufsicht dürfen zum gleichen Zweck und darüber hinaus bei ihrem Streifendienst auch Grenzpfade benutzen, die streckenweise im Hoheitsgebiet des jeweils anderen Vertragsstaats entlang der Staatsgrenze verlaufen.

Artikel 2

(1) Den Exekutivorganen der Vertragsstaaten ist auf den gemäß Artikel 3 festgelegten Durchgangsstrecken die Durchbeförderung von in ihrem Gewahrsam befindlichen Personen (Häftlingen) gestattet, sofern es sich nicht um Häftlinge handelt, die nach Auffassung des Durchgangsstaats

1. seine Angehörigen sind oder bei denen dies nicht ausgeschlossen werden kann oder
2. wegen einer strafbaren Handlung, die vom ersuchten Staat als eine politische oder als eine mit einer solchen zusammenhängende strafbare Handlung angesehen wird, verfolgt werden, wobei vollendeter oder versuchter Völkermord, Mord oder Totschlag oder die Beteiligung hieran nicht als eine solche Handlung zu werten sind.

(2) Durchbeförderte Häftlinge dürfen wegen politischer Straftaten, die sie vor der Durchbeförderung begangen haben, nur verfolgt, bestraft oder sonst in ihrer persönlichen Freiheit beschränkt werden, wenn sie sich nach ihrer endgültigen Freilassung länger als eine Woche im Hoheitsgebiet des Staates, der ihre Durchbeförderung vorgenommen hat, aufhalten, obwohl sie ihn verlassen konnten und durften, oder wenn sie nach Verlassen dieses Staates dorthin zurückgekehrt sind.

Artikel 3

Die Festlegung der Durchgangsstrecken im Sinne des Artikels 1 Absatz 1 und des Artikels 2 Absatz 1 erfolgt durch gesonderte Vereinbarung der Regierungen der Vertragsstaaten. Dabei sind Durchgangsstrecken im Sinne des Artikels 1 Absatz 1 so festzulegen, daß ein möglichst rascher und zweckmäßiger Einsatz der Exekutivorgane unter Berücksichtigung der gegebenen dienstlichen und verkehrsbedingten Erfordernisse gewährleistet ist. Durchgangsstrecken im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 sind so festzulegen, daß eine möglichst rasche und zweckmäßige Durchbeförderung von Häftlingen unter

Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit für die an den Durchgangsstrecken gelegenen Gebiete erfolgen kann.

Artikel 4

Im Rahmen der Dienstverrichtungen nach Artikel 1 und bei der Durchbeförderung von Häftlingen nach Artikel 2 Absatz 1 ist den Exekutivorganen das Mitführen von sichergestellten Gegenständen gestattet. Von einem förmlichen Zollverfahren wird abgesehen. Die Durchbeförderung sichergestellter Gegenstände ist von Verboten und Beschränkungen für den Warenverkehr über die Grenze befreit.

Artikel 5

(1) Von der beabsichtigten Durchbeförderung von Häftlingen ist die zuständige österreichische Sicherheitsbehörde beziehungsweise die zuständige deutsche Grenzpolizeidienststelle rechtzeitig unter Angabe der bekannten Personalien des Häftlings, insbesondere seiner Staatsangehörigkeit und des Grunds der Freiheitsentziehung mit einer kurzen Schilderung des Sachverhalts zu verständigen. Die verständigte Dienststelle/Behörde wird unverzüglich mitteilen, ob die Durchbeförderung aus einem der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Gründe verweigert wird.

(2) Die Vertragsstaaten werden einander die zuständigen Behörden mitteilen.

Artikel 6

(1) Der Durchgangsverkehr (Artikel 1 und Artikel 2 Absatz 1) hat auf dem kürzestmöglichen Weg und ohne unnötigen Aufenthalt zu erfolgen.

(2) Durchgangsstrecken oder Grenzpfade dürfen aus zwingenden Gründen, insbesondere wegen dringender ärztlicher Betreuung einer am Durchgangsverkehr beteiligten Person, notwendiger Fühlungnahme mit Dienststellen im Durchgangsstaat oder zur Behebung auftretender technischer Mängel an Fahrzeugen verlassen werden.

Artikel 7

(1) Von der beabsichtigten Benutzung einer Durchgangsstrecke durch eine geschlossene Einheit von mehr als fünfunddreißig Exekutivorganen ist die zuständige österreichische Sicherheitsbehörde beziehungsweise die zuständige deutsche Grenzpolizeidienststelle rechtzeitig zu verständigen.

(2) Die Vertragsstaaten werden einander die zuständigen Behörden mitteilen.

Artikel 8

(1) Um einen schnellen Transport mit Luftfahrzeugen zu ermöglichen, gestattet die Bundesrepublik Deutschland, daß Dienstluftfahrzeuge der Exekutivorgane der Republik Österreich ihr Hoheitsgebiet ohne Zwischenlandung von und nach Jungholz und von und nach Mittelberg überfliegen.

(2) Ein grenzüberschreitender Flug mit Dienstluftfahrzeugen ist der Grenzpolizeistation Oberstdorf anzukündigen. Einer Verständigung nach Artikel 5 bedarf es nicht.

Artikel 9

(1) Exekutivorgane und durchbeförderte Häftlinge benötigen im Durchgangsverkehr weder ein Reisedokument (Reisepaß oder Paßersatz) noch einen Sichtvermerk. Exekutivorgane müssen jedoch einen mit einem Lichtbild versehenen Dienstausweis mit sich führen. Eine Dienstbestätigung reicht nicht aus. Artikel 6 des Abkommens vom 18. März 1936 zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über den Kleinen Grenzverkehr und den Ausflugsverkehr findet keine Anwendung.

(2) Exekutivorgane dürfen im Durchgangsverkehr ihre Dienstkleidung tragen und ihre Dienstausrüstung (insbesondere Fahrzeuge, Dienstwaffen, Munition, Nachrichtengeräte, Diensthunde) mit sich führen. Die beabsichtigte Durchfahrt mit Sonderfahrzeugen, die eine Gefährdung des Verkehrs oder eine Beschädigung der Straßen befürchten lassen, kann nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsordnung untersagt werden.

(3) Die beabsichtigte Durchfahrt mit Sonderfahrzeugen ist der zuständigen Sicherheitsbehörde des Durchgangsstaats vorher anzukündigen, welche ohne unnötigen Aufschub bekanntgibt, ob die Zulassung erteilt wird.

Artikel 10

Exekutivorgane dürfen auf dem Hoheitsgebiet des Durchgangsstaats keine über die Durchbeförderung hinausgehenden Amtshandlungen vornehmen, es sei denn, daß diese im Zusammenhang mit der Durchbeförderung von Häftlingen erforderlich sind.

Artikel 11

Exekutivorgane dürfen im Durchgangsverkehr von der Waffe nur bei Notwehr Gebrauch machen. Bei einer Durchbeförderung von Häftlingen darf die Waffe auch zur Aufrechterhaltung des Gewahrsams oder zur Verhinderung des Entkommens gebraucht werden. Für den Waffengebrauch gilt das Recht des Durchgangsstaats.

Artikel 12

(1) Die Durchbeförderung von Häftlingen hat mit ausreichendem und genügend ausgerüstetem Begleitpersonal zu erfolgen. Dabei sind von dem durchbefördernden Staat alle erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, um das Entweichen der Häftlinge oder die Gefährdung von Personen und Sachen sowie Störungen des Verkehrs zu verhindern.

(2) Die Durchbeförderung von Häftlingen in öffentlichen Verkehrsmitteln ist ausschließlich im Eisenbahnverkehr zulässig. Häftlinge, die transportunfähig sind oder nach den eisenbahnrechtlichen Bestimmungen nicht befördert werden dürfen, sind von dieser Art der Durchbeförderung ausgeschlossen. Dasselbe gilt für Häftlinge, deren Beförderung im Eisenbahnverkehr eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellt.

Artikel 13

(1) Entweicht ein Häftling, ist das Begleitpersonal zur seiner sofortigen Verfolgung und zur unverzüglichen Verständigung des nächsten erreichbaren Exekutivorgans des Durchgangsstaats verpflichtet. Die Verfolgung ist auf die Nähe der Durchgangsstraße beschränkt und endet vorbehaltlich der Fälle des Absatzes 3 spätestens, wenn Exekutivorgane des Durchgangsstaats die Verfolgung aufnehmen.

(2) Geht der Häftling dem Begleitpersonal endgültig verloren, so ist seine Rückführung nur im Wege der Auslieferung oder Abschiebung zulässig.

(3) Ein endgültiger Verlust im Sinne des Absatzes 2 liegt vor, wenn

- a) der Häftling entkommen ist,
- b) der Häftling entwichen ist und von Exekutivorganen des Durchgangsstaats in Gewahrsam genommen wird,
- c) der Häftling während der Durchbeförderung eine mit gerichtlicher Strafe bedrohte Handlung begeht und deswegen von Exekutivorganen des Durchgangsstaats in Gewahrsam genommen wird,
- d) der Häftling durch Verletzung oder Erkrankung transportunfähig wird oder
- e) das Begleitpersonal insbesondere durch Verletzung oder Erkrankung außerstande ist, den Gewahrsam weiter auszuüben.

Artikel 14

Jeder Vertragsstaat ist verpflichtet, Häftlinge, die im Durchgangsverkehr in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats gelangt sind, ohne Rücksicht auf die Dauer ihres Aufenthalts in diesem Staat zurückzunehmen.

Artikel 15

(1) Jedem Vertragsstaat bleibt das Recht vorbehalten, die in diesem Vertrag zugestandenen Durchgangsrechte für die Dauer eines öffentlichen Notstands, einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung und in Fällen schwerwiegender internationaler Spannungen vorübergehend einzuschränken oder aufzuheben. Der andere Vertragsstaat ist davon unverzüglich schriftlich auf diplomatischem Wege in Kenntnis zu setzen.

(2) Ist ein öffentlicher Notstand oder eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nur im Bereich einzelner Durchgangsstraßen gegeben, so kann auch die zuständige Behörde des Durchgangsstaats Durchgangsrechte auf diesen Durchgangsstraßen vorübergehend einschränken oder aufheben. Sie hat die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats davon unverzüglich in Kenntnis zu setzen. Die Vertragsstaaten werden einander die zuständigen Behörden mitteilen.

Artikel 16

Die strafrechtlichen Bestimmungen des Durchgangsstaats zum Schutze seiner Exekutivorgane oder ihrer Amtshandlungen gelten auch für strafbare Handlungen, die im Durchgangsstaat gegenüber Exekutivorganen des anderen Vertragsstaats oder gegen deren Amtshandlungen begangen werden.

Artikel 17

Für die Amtshaftung sind die Bestimmungen des Abkommens vom 14. September 1955 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Regelung der Amtshaftung aus Handlungen von Organen des einen in grenznahen Gebieten des anderen Staates mit der Maßgabe anzuwenden, daß sich Artikel 2 Absatz 1 Ziffer/Nummer 4 auch auf sichergestellte Gegenstände bezieht.

Artikel 18

Soweit dieser Vertrag keine abweichenden Bestimmungen enthält, findet für den Durchgangsverkehr von Exekutivorganen und die Durchbeförderung von Häftlingen das Recht des Durchgangsstaats Anwendung.

Artikel 19

(1) Das Abkommen vom 14. September 1955 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über die Durchbeförderung von Häftlingen auf den Eisenbahnstrecken Mittenwald (Grenze)–Griesen (Grenze) und Ehrwald (Grenze)–Vils (Grenze) sowie das Abkommen vom 14. September 1955 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über die Beförderung von Exekutivorganen im Straßen- und Eisenbahn-Durchgangsverkehr werden aufgehoben.

(2) Artikel 4 Absatz 2 und Artikel 12 Buchstabe a des Abkommens vom 14. September 1955 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über den erleichterten Straßendurchgangsverkehr zwischen Salzburg und Lofer über deutsches Gebiet und zwischen Garmisch-Partenkirchen und Pfronten/Füssen über österreichisches Gebiet werden aufgehoben.

Artikel 20

(1) Im Durchgangsverkehr befindliche Exekutivorgane und nach Maßgabe dieses Vertrags durchbeförderte Häftlinge und Gegenstände unterliegen im Eisenbahndurchgangsverkehr auf den Strecken Mittenwald–Griesen und Ehrwald–Vils den Bestimmungen des Abkommens vom 14. September 1955 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über den erleichterten Eisenbahndurchgangsverkehr auf den Strecken Mittenwald (Grenze)–Griesen (Grenze) und Ehrwald (Grenze)–Vils (Grenze) mit Ausnahme des Artikels 3 Absatz 2. Artikel 2 Absatz 2 des zitierten Abkommens wird aufgehoben.

(2) Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 des Vertrags vom 15. Dezember 1971 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über die Führung von geschlossenen Zügen (Zügen unter Bahnverschluß) der Österreichischen Bundesbahnen über Strecken der Deutschen Bundesbahn in der Bundesrepublik Deutschland in der Fassung des Vertrags vom 5. April 1979 erhält folgende Fassung:

„Die Artikel 7, 9, 15 und 17 des Vertrags vom 21. Dezember 1993 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über den Durchgangsverkehr von Exekutivorganen und die Durchbeförderung von Häftlingen gelten entsprechend.“

Artikel 21

(1) Der Vertrag vom 17. Februar 1966 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über den Durchgangsverkehr auf der Roßfeldstraße gilt mit folgender Maßgabe:

1. In Artikel 14 Absatz 1 Satz 1 sowie in Absatz 2 werden die Worte „Polizei, Gendarmerie und Zolldienst“ durch die Worte „auf österreichischer Seite Organe der Bundesgendarmerie, Bundespolizei, Justizwache, Zollwache und der Gemeindefürsorgeeinrichtungen, auf deutscher Seite Polizei- und Zollbeamte“ ersetzt. Das Wort „österreichischen“ vor „Exekutivorgane“ am Anfang des

Absatzes 2 ist zu streichen. Nach den Worten in Absatz 2 „bis zur südlichen Einmündung der Roßfeldstraße“ werden ein Komma und danach die Worte „die Wildmoosverbindungsstraße zwischen dem Zollamt Dürrenberg und der Einmündung in die Roßfeldstraße beim Haus Wildmoos Nr. 3“ eingefügt.

2. An die Stelle der Bestimmungen des Artikels 14 Absatz 1 Sätze 2 bis 4 und Absatz 3 treten für den Durchgangsverkehr von Exekutivorganen im Sinne des Artikels 1 Absatz 1 dieses Vertrags und die Durchbeförderung von Häftlingen im Sinne des Artikels 2 dieses Vertrags die Bestimmungen der Artikel 4, 5, 7, 9 bis 11, 12 Absatz 1 und 13 bis 15 dieses Vertrags; an die Stelle des Artikels 6 tritt hinsichtlich des Durchgangsverkehrs von Exekutivorganen und der Durchbeförderung von Häftlingen Artikel 6 dieses Vertrags. Im übrigen bleibt der Vertrag vom 17. Februar 1966 über den Durchgangsverkehr auf der Roßfeldstraße unberührt; sein Artikel 16 ist mit der Maßgabe anzuwenden, daß Artikel 2 Absatz 1 Ziffer/Nummer 4 des dort in Bezug genommenen Abkommens vom 14. September 1955 sich auch auf sichergestellte Gegenstände bezieht.

(2) Der Vertrag vom 17. Februar 1966 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über den Durchgangsverkehr auf den Straßen an der Walchen Ache und am Pittenbach sowie zum Bächen- und Rißtal im österreichischen und deutschen Grenzgebiet gilt mit folgender Maßgabe:

1. In Artikel 13 Satz 1 werden die Worte „Polizei, Gendarmerie und Zolldienst“ durch die Worte „auf österreichischer Seite Organe der Bundesgendarmerie, Bundespolizei, Justizwache, Zollwache und der Gemeindefürsorgeeinrichtungen, auf deutscher Seite Polizei- und Zollbeamte“ ersetzt.
2. In Artikel 24 Absatz 1 werden die Worte „Polizei, Gendarmerie und Zolldienst“ durch die Worte „Organe der Bundesgendarmerie, Bundespolizei, Justizwache, Zollwache und der Gemeindefürsorgeeinrichtungen“ ersetzt.
3. An die Stelle der Bestimmungen des Artikels 13 Sätze 2 und 3 und des Artikels 24 Absatz 2 treten für den Durchgangsverkehr von Exekutivorganen im Sinne des Artikels 1 Absatz 1 dieses Vertrags und die Durchbeförderung von Häftlingen im Sinne des Artikels 2 dieses Vertrags die Bestimmungen der Artikel 4, 5, 7, 9 bis 11, 12 Absatz 1 und der Artikel 13 bis 15 dieses Vertrags; an die Stelle des Artikels 7 tritt hinsichtlich des Durchgangsverkehrs von Exekutivorganen und der Durchbeförderung von Häftlingen Artikel 6 dieses Vertrags.

Im übrigen bleibt der Vertrag vom 17. Februar 1966 über den Durchgangsverkehr auf den Straßen an der Walchen Ache und am Pittenbach sowie zum Bächen- und Rißtal im österreichischen und deutschen Grenzgebiet unberührt; sein Artikel 30 ist mit der Maßgabe anzuwenden, daß Artikel 2 Absatz 1 Ziffer/Nummer 4 des dort in Bezug genommenen Abkommens vom 14. September 1955 sich auch auf sichergestellte Gegenstände bezieht.

Artikel 22

(1) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Vertrags sollen durch die Regierungen der Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaats einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Für den Fall, daß der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte die österreichische oder deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, gehen die ihm durch diesen Artikel übertragenen Funktionen auf den Vizepräsidenten des Gerichtshofs, danach auf den ranghöchsten Richter des Gerichtshofs über, auf den dieser Umstand nicht zutrifft.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit auf Grund der zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Soweit nach diesem Vertrag die Auffassung eines Vertragsstaats maßgeblich ist, ist das Schiedsgericht hieran gebunden.

(6) Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten des von ihm bestellten Schiedsrichters und seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns und die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(7) Die Gerichte der beiden Vertragsstaaten werden dem Schiedsgericht auf sein Ersuchen Rechtshilfe hinsichtlich der Ladung und der Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen in entsprechender Anwendung der zwischen den beiden Vertragsstaaten jeweils geltenden Übereinkünfte über die Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen leisten.

Artikel 23

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Die Artikel 19 bis 21 treten jedoch erst an dem Tage in Kraft, an dem die in Artikel 3 genannte gesonderte Vereinbarung der Regierungen der Vertragsstaaten in Kraft tritt, soweit diese die von den Artikeln 19 bis 21 betroffenen Durchgangsstrecken zum Gegenstand hat.

(3) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann ihn unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege kündigen.

Geschehen zu Wien, am 21. Dezember 1993, in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Republik Österreich:

Dr. Herbert Grubmayr

Für die Bundesrepublik Deutschland:

Dr. Philipp Jenninger

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY CONCERNING THE TRANSIT OF LAW EN-
FORCEMENT OFFICERS AND THE CONVEYANCE IN TRANSIT OF
PRISONERS

The Republic of Austria and the Federal Republic of Germany
Have agreed as follows:

Article 1

(1) Law enforcement officers of the Contracting States (on the Austrian side, officers of the federal gendarmerie, the federal police, the prison guard service, the customs police and the municipal security forces; on the German side, police officers and customs officers) may use the transit routes defined in article 3 across the territory of the other Contracting State in order to reach their own territory for the purposes of their official duties.

(2) Law enforcement officers on frontier patrol, for the same purposes and when on patrol duty, may also use footpaths along the national frontier that cross the territory of the other Contracting State in certain sections.

Article 2

(1) The law enforcement officers of the Contracting States may convey persons in their custody (prisoners) along the transit routes defined pursuant to article 3, provided the prisoners in question, in the opinion of the transit State, are not:

1. Its nationals or persons who may be its nationals; or

2. Being prosecuted for an offence that the requested State considers to be a political offence or to be connected with a political offence; for that purpose, completed or attempted genocide, murder or manslaughter or participation therein shall not be considered a political offence.

(2) Prisoners conveyed in transit may be prosecuted, punished or otherwise subjected to curtailment of their personal liberty for political offences committed before their conveyance in transit only if they remain for more than one week in the territory of the conveying State after their final release, even though they could and should have left it, or if after leaving that State they return to it.

Article 3

The transit routes referred to in article 1, paragraph 1, and article 2, paragraph 1, shall be defined by a separate agreement between the Governments of the Contracting States. Transit routes for the purposes of article 1, paragraph 1, shall be defined so as to ensure the fastest and most efficient possible action by law enforcement officers taking into account

official needs and traffic requirements. Transit routes for the purposes of article 2, paragraph 1, shall be defined so as to allow for the fastest and most efficient possible conveyance of prisoners while ensuring the greatest possible security for the areas crossed by the transit routes.

Article 4

For purposes of their official duties pursuant to article 1 or during the conveyance in transit of prisoners pursuant to article 2, paragraph 1, law enforcement officers shall be allowed to carry impounded items. They shall be exempt from formal customs procedures. Impounded items transported in transit shall be exempt from the bans and restrictions normally applicable to the movement of goods across the frontier.

Article 5

(1) The competent Austrian security authority or the competent German frontier police station, as the case may be, shall be notified in timely fashion of the intended conveyance in transit of prisoners; notification shall include the personal data on the prisoner, in particular the prisoner's nationality, and the grounds for deprivation of liberty together with a brief description of the facts of the case. The notified police station or authority shall immediately indicate whether permission to transport is denied for one of the reasons mentioned in article 2, paragraph 1.

(2) The Contracting States shall inform each other's competent authorities.

Article 6

(1) Transit pursuant to article 1 and article 2, paragraph 1, shall be accomplished by the shortest possible route without unnecessary stops.

(2) Departure from transit routes or frontier footpaths shall be allowed in the event of emergency, in particular in the event of an urgent need for medical attention for a person involved in transit, necessary consultation with authorities in the transit State or repair of technical automotive problems that may arise.

Article 7

(1) The competent Austrian security authority or the competent German frontier police station shall be notified in timely fashion of the intended use of a transit route by a unit of more than thirty-five law enforcement officers at one time.

(2) The Contracting States shall inform each other's competent authorities.

Article 8

(1) In order to facilitate rapid transit via aircraft, the Federal Republic of Germany shall allow official aircraft of the law enforcement authorities of the Republic of Austria to overfly its territory without a stopover to and from Jungholz and to and from Mittleberg.

(2) The frontier police station at Oberstdorf shall be informed about a frontier overflight by official aircraft. Notification in the sense of article 5 is not required.

Article 9

(1) Law enforcement officers and prisoners in transit are not required to have travel documents (passport or equivalent) or a visa; however, law enforcement officers must carry an official identity card bearing their photograph. A service pass is not sufficient. Article 6 of the Agreement of 18 March 1986 between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Federal Republic of Germany concerning local border traffic and excursion traffic shall not apply.

(2) Law enforcement officers in transit may wear their uniforms and take their official equipment with them (in particular, vehicles, service weapons, ammunition, communications apparatus and police dogs). Intended transit with special vehicles that potentially could pose a traffic hazard or damage the roads may be prohibited in accordance with domestic regulations.

(3) The competent security authority of the transit State shall be notified in advance of any intended transit with special vehicles and shall indicate without undue delay whether permission is granted.

Article 10

Law enforcement officers may not perform any official acts other than conveyance in the territory of the transit State, unless such actions are necessary in connection with the conveyance of prisoners.

Article 11

Law enforcement officers in transit may use their weapons only in self-defence. When conveying prisoners in transit, they may also use their weapons to maintain custody or prevent escape. The law of the transit State shall apply to the use of weapons.

Article 12

(1) Conveyance in transit of prisoners shall require a sufficiently large and adequately equipped escort. The conveying State shall take all necessary security measures to prevent the escape of the prisoners, the endangerment of persons and property and the disruption of traffic.

(2) Prisoners may not be conveyed in transit on public conveyances other than trains. Prisoners who are unfit for conveyance by train or may not be conveyed by train in accordance with railway regulations are excluded from that means of transport. The same holds for prisoners whose conveyance by train would constitute a threat to public safety and order.

Article 13

(1) If a prisoner escapes, the escort officers shall be required to pursue immediately and to notify the nearest available law enforcement authority of the transit State without delay. The pursuit shall be limited to the vicinity of the transit route and shall cease at the latest when law enforcement officers of the transit State take up the pursuit, without prejudice to the provisions of paragraph 3.

(2) If the escort officers have definitively lost the prisoner, he or she may be returned only through extradition or deportation.

(3) A prisoner shall be considered definitively lost in the sense of paragraph 2 if:

(a) The prisoner has escaped altogether;

(b) The prisoner escaped and has been taken into custody by the law enforcement officers of the transit State;

(c) The prisoner committed a prosecutable offence during transit and on that account has been taken into custody by law enforcement officers of the transit State;

(d) The prisoner has become unfit to be transported because of injury or illness; or

(e) The escort officers are not in condition to resume custody, in particular because of injury or illness.

Article 14

Each Contracting State shall be obliged to readmit prisoners who entered the territory of the other Contracting State in transit, regardless of the length of their stay in the latter State.

Article 15

(1) Each Contracting State reserves the right temporarily to limit or suspend the rights of transit accorded in this Treaty for the duration of a public state of emergency or a threat to public safety and order and in situations of great international tension. It shall immediately so inform the other Contracting State in writing through the diplomatic channel.

(2) If a public state of emergency or a threat to public safety and order should prevail only in the vicinity of certain transit routes, the competent authority of the transit State may also temporarily limit or suspend transit rights over those transit routes. It must immediately so inform the competent authority of the other Contracting State. The Contracting States shall inform each other's competent authorities.

Article 16

The penal laws of the transit State governing the protection of its law enforcement officers or their official acts shall also apply to criminal offences that are committed in the transit State against law enforcement officers of the other Contracting State or against their official acts.

Article 17

Official liability shall be governed by the provisions of the Agreement of 14 September 1955 between the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany for the regulation of official liability resulting from actions of agents of one State in areas of the other State which lie near the frontier, with the proviso that article 2, paragraph 1, number 4, thereof shall also apply to impounded items.

Article 18

Except as otherwise provided in this Treaty, the law of the transit State shall apply to the transit of law enforcement officers and the conveyance in transit of prisoners.

Article 19

(1) The Agreement of 14 September 1955 between the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany concerning the conveyance in transit of prisoners on the Mittenwald (frontier)-Griesen (frontier) and Ehrwald (frontier)-Vils (frontier) railway sectors and the Agreement of 14 September 1955 between the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany concerning the travel of law enforcement officials in transit by road and by rail are hereby superseded.

(2) Article 4, paragraph 2, and article 12, subparagraph (a), of the Agreement of 14 September 1955 between the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany concerning simplified procedures for transit traffic by road between Salzburg and Lofer through German Territory and between Garmisch-Partenkirchen and Pfonden/Füssen through Austrian Territory are hereby superseded.

Article 20

(1) Law enforcement officers in transit and prisoners conveyed and items transported in transit under this Treaty by railway on the Mittenwald-Griesen and Ehrwald-Vils sections shall be subject to the provisions of the Agreement of 14 September 1955 between the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany concerning simplified procedures for transit traffic by rail on the Mittenwald (frontier)-Griesen (frontier) and Ehrwald (frontier)-Vils (frontier) sections, with the exception of article 3, paragraph 2. Article 2, paragraph 2, of the said Agreement is superseded.

(2) Article 3, paragraph 2, second sentence, of the Treaty of 15 December 1971 between the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany concerning the operation of locked trains (trains in bond) of the Austrian Federal Railways on sections of the German Federal Railways in the Federal Republic of Germany, as amended by the Treaty of 5 April 1979, shall be amended to read as follows:

"Articles 7, 9, 15 and 17 of the Treaty of 21 December 1993 between the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany concerning the transit of law enforcement officers and the conveyance in transit of prisoners shall apply *mutatis mutandis*."

Article 21

(1) The Treaty of 17 February 1966 between the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany concerning transit traffic on the Rossfeld Road shall apply with the following provisos:

1. In article 14, paragraph 1, first sentence, the words "police, gendarmerie, and customs" shall be replaced by the words "on the Austrian side, officers of the federal gendarmerie, the federal police, the prison guard service, the customs police and the municipal security forces; on the German side, police officers and customs officers". In paragraph 2, the word "Austrian" preceding "law enforcement officers" shall be deleted, and the words "to the southern junction of the Rossfeld Road" shall be followed by a comma, and the words "the Wildmoos connecting road between the Dürrenberg customs office and the junction with Rossfeld Road by the house at Wildmoos No. 3" shall be added.

2. Instead of the provisions of article 14, paragraph 1, second to fourth sentences, and paragraph 3, of the above-mentioned treaty, the provisions of articles 4, 5, 7, 9 to 11, 12, paragraph 1, and 13 to 15 of this Treaty shall apply to the transit of law enforcement officers in the sense of article 1, paragraph 1, of this Treaty and the conveyance in transit of prisoners in the sense of article 2 of this Treaty; instead of article 6 of the above-mentioned Treaty, article 6 of this Treaty shall apply to the transit of law enforcement officers and the conveyance in transit of prisoners. Otherwise, the Treaty of 17 February 1966 concerning transit traffic on the Rossfeld Road shall continue to apply; article 16 thereof shall apply with the proviso that article 2, paragraph 1, number 4, of the Agreement of 14 September 1955 referred to therein shall also apply to impounded items.

(2) The Treaty of 17 February 1966 between the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany concerning transit traffic on the roads along the Walchen Ache and the Pittenbach and to the Bächental and the Risstal in the Austrian and German frontier areas shall apply with the following provisos:

1. In article 13, first sentence, the words "police, gendarmerie, and customs" shall be replaced by the words "on the Austrian side, officers of the federal gendarmerie, the federal police, the prison guard service, the customs police and the municipal security forces; on the German side, police officers and customs officers".

2. In article 24, paragraph 1, the words "police, gendarmerie, and customs" shall be replaced by the words "officers of the federal gendarmerie, the federal police, the prison guard service, the customs police and the municipal security forces".

3. Instead of the provisions of article 13, second and third sentences, and article 24, paragraph 2, of the above-mentioned treaty, the provisions of articles 4, 5, 7, 9 to 11, 12, paragraph 1, and 13 to 15 of this Treaty shall apply to the transit of law enforcement officers in the sense of article 1, paragraph 1, of this Treaty and the conveyance in transit of prisoners in the sense of article 2 of this Treaty; instead of article 7 of the above-mentioned treaty, article 6 of this Treaty shall apply to the transit of law enforcement officers and the conveyance in transit of prisoners.

Otherwise, the Treaty of 17 February 1966 concerning transit traffic on the roads along the Walchen Ache and the Pittenbach and to the Bächental and the Risstal in the Austrian and German frontier areas shall continue to apply; article 30 thereof shall apply with the

proviso that article 2, paragraph 1, number 4, of the Agreement of 14 September 1955 referred to therein shall also apply to impounded items.

Article 22

(1) Disputes concerning the interpretation or application of this Treaty shall be settled by the Governments of the Contracting States.

(2) If a dispute cannot be settled in this way it shall be submitted to an arbitral tribunal at the request of either Contracting State.

(3) The arbitral tribunal shall be constituted on an ad hoc basis; each Contracting State shall appoint one member, and the two members shall, by agreement, select as chairman a national of a third State, who shall be appointed by the Governments of the Contracting States. The members must be appointed within two months and the chairman within three months after one of the Contracting States has notified the other that it wishes to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the time limits specified in paragraph 3 are not met, either Contracting State may, unless otherwise agreed, request the President of the European Court of Human Rights to make the necessary appointments. If the President of the European Court of Human Rights has Austrian or German nationality, the functions entrusted to him or her in this article shall devolve upon the Vice-President of the Court or upon the next most senior member of the Court who is not in that situation.

(5) The arbitral tribunal shall take decisions by majority vote on the basis of the agreements in force between the Contracting States and general international law. Where under the Treaty the opinion of a Contracting State is decisive, the arbitral tribunal shall be bound by it.

(6) The decisions of the arbitral tribunal shall be binding. Each Contracting State shall bear the expenses of the arbitrator appointed by it and the costs of its representation in the proceedings before the arbitral tribunal; the expenses of the chairman and other costs shall be shared equally by the Contracting States. In all other respects the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

(7) The courts of the two Contracting States shall furnish the arbitral tribunal, at its request, with legal assistance in connection with the summoning and questioning of witnesses and experts in application *mutatis mutandis* of the agreements in force at that time between the two Contracting States concerning legal assistance in civil and commercial matters.

Article 23

(1) This Treaty is subject to ratification; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible at Bonn.

(2) This Treaty shall enter into force on the first day of the third month after the exchange of the instruments of ratification. However, articles 19 to 21 shall not enter into force until the day on which the separate agreement referred to in article 3 between the Governments of the Contracting States enters into force, to the extent that it relates to the transit routes referred to in articles 19 to 21.

(3) This Treaty is concluded for an indefinite period. Either Contracting State may denounce it in writing through the diplomatic channel upon six months' notice.

Done at Vienna on 21 December 1993 in two originals in the German language.

For the Republic of Austria:

DR. HERBERT GRUBMAYR

For the Federal Republic of Germany:

DR. PHILIPP JENNINGER

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE RELATIF AU TRANSIT DES AGENTS DE
LA FORCE PUBLIQUE ET AU TRANSPORT EN TRANSIT DE PRISON-
NIERS

La République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne
Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

1) Les agents de la force publique des États contractants (pour l'Autriche, la gendarmerie fédérale, la police fédérale, le service des surveillants de prison, la police des douanes et les forces de sécurité municipales; pour l'Allemagne, la police et les services douaniers) peuvent emprunter les routes de transit définies à l'article 3 qui passent par le territoire de l'autre État contractant afin de gagner leur propre territoire à des fins de service.

2) Les agents de la force publique qui font des patrouilles frontalières dans le même but et qui sont en service de patrouille peuvent également emprunter les sentiers longeant la frontière nationale qui traversent le territoire de l'autre État contractant à certains endroits.

Article 2

1) Les agents de la force publique des États contractants peuvent transporter les personnes dont ils assurent la garde (des prisonniers) en empruntant les routes de transit définies conformément à l'article 3, à condition que les prisonniers en question, de l'avis de l'État de transit :

1. Ne soient pas des ressortissants dudit État ou des personnes susceptibles d'être des ressortissants;

2. Ou ne soient pas poursuivis en raison d'une infraction dont l'État requis considère qu'elle est une infraction politique ou qu'elle est liée à une infraction politique; à cette fin, le génocide, l'assassinat ou le meurtre, ou la tentative de commettre ces crimes, ou la participation à ces crimes ne sont pas considérés comme des infractions politiques.

2) Les prisonniers transportés en transit ne peuvent être poursuivis, ou punis ou subir une limitation de leur liberté personnelle en raison d'une infraction politique commise par eux avant leur transport en transit que s'ils ne quittent pas le territoire de l'État de transit dans la semaine suivant leur mise en liberté définitive, alors même qu'ils pouvaient et auraient dû le faire, ou lorsque après avoir quitté cet État, ils y reviennent.

Article 3

Les routes de transit visées au paragraphe 1 de l'article premier et au paragraphe 1 de l'article 2 sont précisées dans un accord distinct que concluent les Gouvernements des États contractants. Aux fins du paragraphe 1 de l'article premier, les routes de transit sont définies de manière à permettre aux agents de la force publique de s'acquitter de leurs tâches le plus rapidement et le plus efficacement possible, compte tenu des besoins du service et des contraintes de la circulation. Aux fins du paragraphe 1 de l'article 2, les routes de transit sont définies de façon à permettre d'effectuer le transport des prisonniers le plus rapidement et le plus efficacement possible, tout en assurant le degré de sécurité le plus élevé possible dans les zones traversées par les routes de transit.

Article 4

Dans l'exercice de leurs fonctions conformément à l'article premier ou pendant le transport en transit de prisonniers conformément au paragraphe 1 de l'article 2, les agents de la force publique sont autorisés à transporter des articles saisis. Les formalités douanières officielles ne s'appliquent pas à ceux-ci. Les articles saisis qui sont transportés en transit échappent aux interdictions et restrictions qui s'appliquent normalement aux mouvements transfrontières de marchandises.

Article 5

1) Les services de sécurité autrichiens compétents ou le service compétent de la police allemande des frontières, selon le cas, doivent être avisés au préalable et en temps utile du transport en transit de prisonniers; cette notification doit comporter les données à caractère personnel concernant les prisonniers, en particulier leur nationalité, le motif de la privation de liberté et un résumé des faits de l'espèce. Lorsque l'autorisation de transport est refusée pour un des motifs visés au paragraphe 1 de l'article 2, le poste de police ou le service ainsi avisés sont tenus de le faire savoir sans retard.

2) Chacun des États contractants indique à l'autre quelles sont les autorités compétentes.

Article 6

1) Le transit visé à l'article premier et au paragraphe 1 de l'article 2 se fait en empruntant la route la plus courte possible et en évitant tout arrêt qui n'est pas indispensable.

2) L'autorisation de s'écarter des routes de transit ou des chemins longeant la frontière est donnée dans des situations d'urgence, notamment lorsqu'une personne en transit doit recevoir des soins médicaux urgents ou qu'il est nécessaire de consulter les autorités de l'État de transit ou de dépanner une voiture.

Article 7

1) Lorsqu'une route de transit doit être empruntée par une unité forte de plus de 35 agents de la force publique, il y a lieu d'en aviser au préalable et en temps utile les services de sécurité autrichiens compétents ou le commissariat compétent de la police allemande des frontières, selon le cas.

2) Chacun des États contractants indique à l'autre quelles sont les autorités compétentes.

Article 8

1) Afin de faciliter un transit aérien rapide, la République fédérale d'Allemagne autorise les aéronefs officiels des forces de l'ordre de la République d'Autriche à survoler son territoire pour relier sans escale Jungholz et Mittleberg dans les deux sens.

2) Tout survol de la frontière par un aéronef officiel doit être signalé au poste de police établi à la frontière à Oberstdorf, sans que soit requise la notification prévue à l'article 5.

Article 9

1) Il n'est pas exigé de documents de voyage (passeport ou document équivalent) ni de visa de la part des agents de la force publique et des prisonniers en transit; toutefois, les agents de la force publique doivent être en possession d'une carte d'identité officielle munie d'une photographie, une carte de service ne suffisant pas. L'article 6 de l'Accord relatif au trafic frontalier et au trafic d'excursion, conclu le 18 mars 1986 entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne ne s'applique pas.

2) Les agents de la force publique en transit peuvent être en uniforme et emporter avec eux leur équipement de service (en particulier des véhicules, des armes de service, des munitions, des appareils de communication et des chiens policiers). Le transit à bord de véhicules spéciaux susceptibles de constituer un risque pour la circulation ou d'endommager les routes peut être interdit en application des réglementations nationales.

3) Les autorités de sécurité compétentes de l'État de transit doivent être informées au préalable de tout transit à bord de véhicules spéciaux et font savoir sans retard excessif si le transit est autorisé.

Article 10

Les agents de la force publique ne peuvent accomplir aucun acte officiel autre que le transport de prisonniers à l'intérieur du territoire de l'État de transit, sauf s'il s'agit d'actes rendus nécessaires par ledit transport.

Article 11

Les agents de la force publique en transit ne peuvent faire usage de leurs armes qu'en cas de légitime défense. Lorsqu'ils effectuent le transport de prisonniers en transit, ils peuvent utiliser leurs armes également pour assurer la garde des prisonniers ou empêcher toute évasion. L'usage des armes est régi par la législation de l'État de transit.

Article 12

1) Le transport en transit de prisonniers doit être effectué avec un personnel d'escorte en nombre suffisant et muni d'un équipement approprié. L'État qui assure le transport prend toutes les mesures de sécurité requises pour prévenir toute évasion, la mise en péril de personnes et de biens, ainsi que l'interruption du trafic.

2) Le transport en transit de prisonniers à bord de moyens de transport publics ne peut avoir lieu que par train. Les prisonniers qui ne peuvent voyager en train ou qui ne peuvent être transportés par train en application des règlements ferroviaires sont exclus de ce moyen de transport. Il en va de même des prisonniers dont le transport par train constituerait une menace pour l'ordre et la sécurité publics.

Article 13

1) Lorsqu'un prisonnier s'évade, le personnel d'escorte est tenu de se mettre immédiatement à sa poursuite et d'aviser sans retard les autorités de police du poste le plus proche de l'État de transit. La traque se limite aux abords de la route de transit et cesse au plus tard au moment où les agents de la force publique de l'État de transit prennent le relais, sans préjudice des dispositions de l'alinéa 3 ci-après.

2) Lorsque le personnel d'escorte a perdu définitivement la trace du prisonnier, celui-ci ne peut être ramené que par voie d'extradition ou à la suite d'une procédure d'expulsion.

3) La trace d'un prisonnier est considérée comme perdue définitivement au sens du paragraphe 2 :

a) Lorsque le prisonnier évadé a tout bonnement disparu;

b) Lorsque le prisonnier évadé a été repris par les agents de la force publique de l'État de transit;

c) Lorsque le prisonnier a commis durant le transit une infraction punissable et que cela lui a valu d'être arrêté par des agents de la force publique de l'État de transit;

d) Lorsque le prisonnier ne peut plus être transporté pour cause de blessure ou de maladie;

e) Lorsque le personnel d'escorte n'est plus en mesure d'assurer la garde, en particulier en raison d'une blessure ou d'une maladie.

Article 14

Chacun des États contractants est tenu de reprendre des prisonniers qui ont pénétré sur le territoire de l'autre État contractant durant le transit, sans égard au temps pendant lequel ils y ont séjourné.

Article 15

1) Chacun des États contractants se réserve le droit de limiter ou de suspendre temporairement les droits de transit accordés dans le présent traité en cas d'état d'urgence ou de menace contre l'ordre et la sécurité publics, et dans des situations marquées par de graves tensions internationales. Il est tenu d'en aviser immédiatement par écrit l'autre État contractant, et ce, par la voie diplomatique.

2) En cas d'état d'urgence ou de menace contre l'ordre et la sécurité publics se limitant aux abords de certaines routes de transit, l'autorité compétente de l'État de transit peut également limiter ou suspendre temporairement les droits de transit sur lesdites routes de transit. Elle est tenue d'en aviser immédiatement l'autorité compétente de l'autre État contractant. Chacun des États contractants indique à l'autre quelles sont les autorités compétentes.

Article 16

Les dispositions de droit pénal de l'État de transit visant la protection des agents de la force publique dudit État ou les actes qu'ils accomplissent dans l'exercice de leurs fonctions s'appliquent aux infractions commises dans l'État de transit contre les agents de la force publique de l'autre État contractant ou au détriment des actes qu'ils accomplissent dans l'exercice de leurs fonctions.

Article 17

La responsabilité administrative est régie par les dispositions de l'Accord conclu le 14 septembre 1955 entre la République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne à l'effet d'organiser la responsabilité administrative résultant des actes accomplis par les agents d'un des États contractants dans les zones frontalières de l'autre État, étant entendu que le paragraphe 1.4 de l'article 2 dudit Accord s'applique aussi aux articles saisis.

Article 18

Sauf disposition contraire du présent Traité, la législation de l'État de transit régit le transit des agents de la force publique et le transport en transit de prisonniers.

Article 19

1) Le présent Accord annule et remplace l'Accord relatif au transport ferroviaire de prisonniers en transit aux frontières Mittenwald-Griesen et Ehrwald-Vils conclu le 14 sep-

tembre 1955 entre la République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne, et l'Accord relatif au transport ferroviaire et routier en transit des agents de la force publique, conclu le 14 septembre 1955 entre la République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne.

2) Le présent Accord annule et remplace le paragraphe 2 de l'article 4 et l'alinéa a) de l'article 12 de l'Accord en vue de faciliter la circulation routière en transit entre Salzburg et Lofer à travers le territoire allemand et entre Garmisch-Partenkirchen et Pfronten/Füssen à travers le territoire autrichien, conclu le 14 septembre 1955 entre la République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne.

Article 20

1) Les agents de la force publique en transit et les prisonniers et articles transportés en transit ferroviaire sur les itinéraires Mittenwald-Griesen et Ehrwald-Vils en application du présent Traité sont soumis aux dispositions de l'Accord en vue de faciliter le transit ferroviaire sur les itinéraires Mittenwald-Griesen et Ehrwald-Vils, conclu le 14 septembre 1955 entre la République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne, sauf les dispositions du paragraphe 2 de l'article 3 et du paragraphe 2 de l'article 2 dudit Accord, lesquelles sont annulées et remplacées par le présent Accord.

2) Le paragraphe 2 (deuxième phrase) de l'article 3 du Traité relatif au fonctionnement des trains verrouillés des chemins de fer autrichiens circulant sur les lignes des chemins de fer fédéraux allemands en République fédérale d'Allemagne, conclu le 15 décembre 1971 entre la République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne, tel que modifié par le Traité du 5 avril 1979, est modifié et se lit comme suit :

« Les articles 7, 9, 15 et 17 du Traité relatif au transit d'agents de la force publique et au transport en transit de prisonniers, conclu le 21 décembre 1993 entre la République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne, s'appliquent mutatis mutandis. »

Article 21

1) Le Traité relatif au trafic de transit sur la route de Rossfeld, conclu le 17 février 1966 entre la République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne, s'applique sous réserve de ce qui est précisé ci-après :

1. Dans la première phrase du paragraphe 1 de l'article 14, les mots « (police, gendarmerie et douaniers) » sont remplacés par les mots « (pour l'Autriche, la gendarmerie fédérale, la police fédérale, le service des surveillants de prison, la police des douanes et les forces de sécurité municipales; pour l'Allemagne, la police et les services douaniers) ». Au paragraphe 2 de l'article 14, l'épithète « autrichien » qui suit les mots « agents du pouvoir exécutif » est supprimé; le membre de phrase « l'embranchement sud de la route de Rossfeld » doit être suivi d'une virgule et il faut insérer le membre de phrase « la route de Wildmoos reliant le bureau de douane de Dürnberg et l'embranchement de la route de Rossfeld à hauteur de la maison sise au no 3 Wildmoos ».

2. À l'article 14, en lieu et place des deuxième, troisième et quatrième phrases du paragraphe 1, et des dispositions du paragraphe 3, les dispositions des articles 4, 5, 7, 9, 10, 11,

12 (par. 1), 13, 14 et 15 du présent Traité s'appliquent au transit des agents de la force publique au sens du paragraphe 1 de l'article premier du présent Traité, et au transport en transit de prisonniers au sens de l'article 2 du présent Traité; en lieu et place de l'article 6 du traité susmentionné, l'article 6 du présent Traité s'applique au transit des agents de la force publique et au transport en transit de prisonniers au sens de l'article 2 du présent Traité; en lieu et place de l'article 6 du traité susmentionné, l'article 6 du présent Traité s'applique au transit des agents de la force publique et au transport en transit de prisonniers. Pour le reste, le Traité du 17 février 1966 relatif au trafic de transit sur la route de Rosselfeld continue de s'appliquer; l'article 16 de ce traité s'applique, étant entendu que le paragraphe 1 4) de l'article 2 de l'Accord du 14 septembre 1955 qui y est mentionné s'applique également aux articles saisis.

2) Le Traité relatif au trafic de transit sur les routes situées le long du Walchen Ache et du Pittenbach, et sur les routes menant au Bächental et au Risstal dans les zones frontalières austro-allemandes, conclu le 17 février 1966 entre la République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne, s'applique, sous réserve des dispositions ci-après :

1. Dans la première phrase de l'article 13, les mots « (police, gendarmerie et douane) » doivent être remplacés par les mots « (pour l'Autriche, la gendarmerie fédérale, la police fédérale, le service des surveillants de prison, la police des douanes et les forces de sécurité municipales; pour l'Allemagne, la police et les services douaniers) ».

2. Au paragraphe 1 de l'article 24, les mots « (police, gendarmerie et douane) » doivent être remplacés par les mots « (la gendarmerie fédérale, la police fédérale, le service des surveillants de prison, la police des douanes et les forces de sécurité municipales) ».

3. Au lieu des dispositions de l'article 13 (deuxième et troisième phrases) et du paragraphe 2 de l'article 24 du traité susmentionné, les dispositions des articles 4, 5, 7, 9, 10, 11, 12 (par. 1), 13, 14 et 15 du présent Traité s'appliquent au transit des agents de la force publique au sens du paragraphe 1 de l'article premier du présent Traité et au transport en transit de prisonniers au sens de l'article 2 du présent Traité; au lieu de l'article 7 du traité susmentionné, l'article 6 du présent Traité s'applique au transit des agents de la force publique et au transport en transit de prisonniers.

Pour le reste, le Traité du 17 février 1966 relatif au trafic de transit sur les routes situées le long du Walchen Ache et du Pittenbach, et sur les routes menant au Bächental et au Risstal dans les zones frontalières austro-allemandes, continue de s'appliquer; son article 30 s'applique, étant entendu que le paragraphe 1 4) de l'article 2 de l'Accord du 14 septembre 1955 qui y est mentionné s'applique également aux articles saisis.

Article 22

1) Les divergences auxquelles pourraient donner lieu l'interprétation ou l'application du présent Traité seront tranchées par les gouvernements des États contractants.

2) Les différends qui ne pourront être réglés de cette manière devront être soumis, à la demande de l'un ou l'autre des États contractants, à un tribunal arbitral.

3) Le tribunal arbitral est constitué, pour chaque question en litige, de la manière suivante : chacune des deux parties contractantes désigne un arbitre, et les deux arbitres choisissent d'un commun accord le ressortissant d'un État tiers comme président, lequel